

Die große Windrad-Abfuhr

Energie | Hunderte Anlagen in Bayern könnten in der Schublade verschwinden, weil die Projekte keinen Zuschlag für eine EEG-Förderung erhalten.

VON MARTIN MÜLLER

NÜRNBERG – 171 Genehmigungen für Windräder gab es laut Wirtschaftsministerium von Januar bis November 2025 durch bayerische Behörden, im gleichen Zeitraum wurden 774 neue Anträge auf Genehmigung eingereicht. Hunderte dieser Anlagen sollen in Franken errichtet werden. Eigentlich. Denn der Großteil dieser Anlagen droht, in der Schublade zu verschwinden.

Und das nicht nur wegen der Anschlussproblematik im Stromnetz der N-Ergie Netz GmbH, über die unser Medienhaus schon mehrmals berichtet hat. Weil die Leitungen zu diesen Zeiten oft voll sind mit Strom aus Photovoltaikanlagen, dürfen neu genehmigte Windräder von Anfang April bis Ende September zwischen 10 und 16 Uhr pauschal keinen Strom ins Netz einspeisen. Oft kommt es vor, dass die Genehmigung schon da ist, aber noch keine Lösung für einen ökonomisch sinnvollen Netzanschluss gefunden werden konnte. Mit einer durchschnittlichen Dauer von 10,3 Monaten sind die Genehmigungsverfahren mittlerweile ziemlich schnell.

Nur mit Förderung lohnend

Es gibt aber ein Problem, das fast noch größer ist als das mit dem Netzanschluss. Denn Windräder sind nur gewinnbringend zu betreiben, wenn es eine über 20 Jahre garantierte EEG-Förderung gibt. „Windkraftanlagen nur marktorientiert zu betreiben, funktioniert nicht. Höchstens mal über einen gewissen Zeitraum, wenn die Strompreise gerade sehr hoch sind. Wir benötigen aber Investitionssicherheit über einen längeren Zeitraum. Wir müssen wissen, was wir für unseren Strom bekommen“, betont Bernd Wust, bayerischer Vorsitzender des Bundesverbandes WindEnergie (BWE).

Bei Windrädern läuft es aber nicht wie bei kleinen PV-Anlagen, bei denen jede genehmigte Anlage automatisch eine feste Vergütung pro eingespeister Kilowattstunde Strom bekommt. Vielmehr gibt es nur ein Kontingent von 10.000 Megawatt Leistung im Jahr, das die Bundesnetzagentur, verteilt auf vier Ausschreibungsrunden im Jahr, vergibt und dafür dann für 20 Jahre eine Vergütung garantiert.

Windkraftbetreiber müssen sich also mit ihren genehmigten Anlagen vor dem Bau bewerben und dabei an-



In der Umgebung des hier abgebildeten Bürgerwindparks Enzlarer Berg bei Markt Bibart entsteht künftig, verteilt auf drei Flächen, der Bürgerwindpark Steigerwald. 16 Anlagen erhielten gerade den Zuschlag der Bundesnetzagentur. Foto: Naturenergie Zeilinger

geben, mit wie viel Cent Vergütung pro Kilowattstunde Strom sie auskommen. Wer am wenigsten verlangt, erhält den Zuschlag. „Ganz Deutschland kämpft da um Zuschläge. Das ist ein einziges Zocken und Pokern“, erläutert Wust.

In der jüngsten Ausschreibungsrunde lag das niedrigste Gebot bei 5,80 Cent, das höchste bei 7,35 Cent pro Kilowattstunde. Alle Angebote, die über 6,12 Cent lagen, erhielten letztlich keinen Zuschlag. Viele bayerische zählten dazu. Nur 26 Anlagen im Freistaat kamen zum Zug.

„Das sind nur 42 Prozent der bayerischen Bewerber“, erläutert Wust. Alle anderen Anlagen können vorerst nicht gebaut werden. Weil der Genehmigungshochlauf in Bayern aber erst noch bevorsteht, wird sich das Problem voraussichtlich massiv verschärfen. Bald könnten Hunderte genehmigte Anlagen im Freistaat keinen Zuschlag erhalten und erst einmal in der Schublade verschwinden.

„Da werden sich die Betreiber genau überlegen, mit welchen Projek-

ten sie es erneut versuchen. Wenn sie erst mal jede Menge genehmigte Anlagen ohne Zuschlag auf Halde haben, werden sie außerdem kaum mehr neue Projekte angehen“, erwartet Wust.

Nun könnte man natürlich die Meinung vertreten, dass bundesweit mehr Zubau wegen begrenzter Baukapazitäten kaum möglich oder sinnvoll ist, und dass Windräder anderswo in Deutschland eben einfach effektiver zu betreiben sind als in Bayern. Letzteres ist auch korrekt. Bayerische Anlagen erzeugen laut Wust im Schnitt zwölf bis 15 Prozent weniger Strom als im Bundesdurchschnitt.

Breite Streuung ist das Ziel

Trotzdem wollen die Bundesregierung und die Bundesnetzagentur eigentlich eine bessere regionale Verteilung. Der Strom soll möglichst nah am Ort des Verbrauches produziert werden, um lange Transporte zu vermeiden. Zudem gibt es zu manchen Zeiten im Süden kräftigere Brisen als

im Norden. Die Windräder sollen deshalb breit verstreut sein. „Wenn wir in Bayern keine Windräder haben, müssen viel öfter Gaskraftwerke hochgefahren werden und die Stromkosten steigen“, erklärt Wust.

Um eine bessere regionale Verteilung zu erreichen, obwohl Windräder im Norden eigentlich effektiver sind und mehr Strom erzeugen, gibt es eigens einen „Referenzertragsmodell“ genannten Mechanismus. Demnach bekommen Anlagen an weniger ergebnisreichen Standorten einen Zuschlag. Der höchste mögliche Korrekturfaktor ist dabei 1,55. Wenn man mit seinem Gebot für 6,12 Cent pro Kilowattstunde den Zuschlag erhalten hat, würde man real am schlechtestmöglichen Standort also rund 9,5 Cent pro Kilowattstunde bekommen.

„Das Modell gleicht den Ertragsverlust aber nicht komplett aus“, betont Wust. Deshalb können viele bayerische Projektierer nicht so niedrige Gebote abgeben wie ihre Wettbewerber in Norddeutschland. Dazu kommt, dass es mittlerweile immer

mehr Bewerber um das Windkraft-Kontingent gibt. Während noch vor einigen Jahren fast jeder einen Zuschlag erhielt, gibt es heute mehr als doppelt so viele Gebote wie Zuschläge. Die Folge: Die Vergütung sinkt tendenziell immer weiter. „Viele Projekte in Süddeutschland können aber nicht mehr viel weiter heruntergehen“, glaubt Wust.

Diese werden also in künftigen Ausschreibungsrunden scheitern und werden erst einmal nicht gebaut werden können. Zumindest, falls der Mechanismus nicht geändert wird. „Wir brauchen eine Sonderausschreibung ‚Süd‘“, fordert Martin Stümpfig, Sprecher für Energie und Klimaschutz der Grünen-Landtagsfraktion. Damit wäre garantiert, dass genug Anlagen in Bayern gebaut werden können. „Gerade im Süden ist ein zügiger Ausbau der Windenergie entscheidend für ein stabiles Stromnetz“, sagt der Grünen-Politiker.

„Das Verfahren ist grundsätzlich richtig, weil es Windstrom günstig und wettbewerbsfähig macht. Der Wettbewerb darf den Süden aber nicht strukturell abhängen“, fordert Katrin Held, Geschäftsführerin des Projektierers „Naturenergie Zeilinger“ aus Markt Erlbach, der gerade für 16 Anlagen im Steigerwald einen Zuschlag erhalten hat. Sie würde sich deshalb ebenfalls eine Sonderausschreibung für Süddeutschland wünschen. „Damit ließe sich sicherstellen, dass auch unsere Region und Industrie künftig verlässlich von günstigem Windstrom profitieren.“

Zum Thema

In Bayern stehen 1171 Windräder

Im Jahr 2025 gingen in Bayern 17 Windkraftanlagen mit einer **Gesamtleistung von 82,5 Megawatt** in Betrieb. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen waren es jeweils mehr als 200 neue Windräder. Bundesweit gingen 958 Anlagen mit einer Leistung von 5,2 Gigawatt ans Netz.

Insgesamt sind in Bayern 1171 Windräder in Betrieb. Dazu kommen 264 genehmigte Anlagen, die noch nicht in Betrieb sind, und **812 beantragte, aber noch nicht genehmigte Anlagen**.